

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 34 (2015)
Heft: 66

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARGINALIEN / REZENSIONEN

Alex Demirović:

Theorie des gesellschaftlichen Ganzen

Zur neuen deutschsprachigen Ausgabe von Louis Althusser u. a., *Das Kapital lesen**

Zu Beginn dieses Jahres erschien beim Verlag Westfälisches Dampfboot die erstmalig vollständige deutsche Ausgabe des von Louis Althusser und seinen Schülern Étienne Balibar, Roger Establet, Pierre Macherey und Jacques Rancière 1965 veröffentlichten Buches *Das Kapital lesen*.¹ Man muss sagen: endlich, denn die erste deutsche Übersetzung von Klaus-Dieter Thieme, die 1972 vom Rowohlt Verlag in einer Taschenbuchausgabe publiziert wurde, umfasste nur die zwei Texte von Althusser und Balibars Beitrag, zudem enthielt sie einige Übersetzungsfehler. Die neue Ausgabe umfasst mit einigen kleineren Texten von Althusser, dem Vor- und Nachwort von Frieder O. Wolf und Sebastian Neubauers Erläuterungen zu Althusser's Bearbeitungen des ursprünglichen Textes insgesamt 764 Seiten. Das ist eine enorme Leistung sowohl des Herausgebers und Übersetzers Frieder O. Wolf als auch des Verlags, und man muss beiden dankbar sein, dass sie sich dieser Aufgabe angenommen haben. Was die Ausgabe sehr bereichert, ist die Berücksichtigung der Textveränderungen in den zwei französischen Ausgaben. Zudem zieht Wolf ver-

gleichend deutsche Versionen und die französische Version der Texte von Marx heran, was hilft, den Althusser'schen Bezug zu Marx genauer zu verstehen. Die Lektüre von *Das Kapital lesen* ist ohnehin anspruchsvoll, sie wird durch die philologische Berücksichtigung dieser Zusammenhänge noch anspruchsvoller.

Das Buch, das unmittelbar vor den 1968er-Protestbewegungen bei Maspero in Paris erstmals veröffentlicht wurde und danach mehrere Auflagen hatte, erlangte für die marxistische Diskussion eine enorme Bedeutung. Es trug zu einer neuen Beschäftigung mit den Marx'schen Texten bei und gab Anlass, geläufige Deutungen des Marx'schen Werkes zu überprüfen. Das gilt insbesondere für den von den Kommunistischen Parteien vertretenen Marxismus-Leninismus und hegelianisierende humanistische Lesarten, in deren Zentrum Begriffe wie Entfremdung, Verdinglichung oder Fetisch standen. Gleichzeitig – und sicherlich auch in der Reaktion auf die formulierte kritische Position – wurde das Buch jedoch auch scharf kritisiert und als strukturalistischer Marxismus entschieden abgelehnt. So gilt das Buch

* Dieser Text ist eine leicht gekürzte Version des Beitrags von Alex Demirović auf dem Portal www.theoriekritik.ch.

auch heute noch als strukturalistisch, doch lässt sich leicht feststellen, dass es eher in den Zusammenhang des sogenannten Poststrukturalismus gehört. Hier finden sich implizit und teilweise explizit viele theoretische Überlegungen, die von Lacan, Barthes, Foucault, Derrida und von der Tel-Quel-Gruppe um Kristeva vertreten wurden, noch in einem marxistischen Zusammenhang, bevor dieser sich dann in den 1970er-Jahren desartikulierte.

In einer seiner vielen, durchaus resistentgeladenen Seitenbemerkungen über Marx und die marxistische Tradition bemerkt Pierre Bourdieu im Rahmen einer 1991 gehaltenen Vorlesung², dass der Althusserianismus zum grossen Teil eine Restauration des Priestermonopols auf die Lektüre der Texte von Marx gewesen sei, die im Übrigen ausser den Marxologen niemand mehr lese. Bourdieu hat sich hinsichtlich der Bereitschaft, Marx zu lesen, gründlich getäuscht. Seine These zur Bedeutung des Althusserianismus lässt sich empirisch kaum prüfen, aber sie geht an den Zielen von Louis Althusser vorbei. Bemerkenswert am Ansatz der Gruppe um Althusser ist ja gerade, dass sie eben jenes Priestermonopol aufbrechen möchte. *Das Kapital* soll gerade nicht als die Verkündigung der reinen Wahrheit gelesen werden: also als Schrift, der die Wahrheit innewohnt, als das gesprochene Wort, der Logos, der das wirkliche Sein zur Geltung bringt (*Das Kapital lesen*, 26). Deswegen wird über lange Passagen die Frage diskutiert, was der Gegenstand des *Kapitals* sei und wie es gelesen werden müsse. Noch vor Derrida oder Foucault lehrt *Das Kapital lesen*, dass Lektüre kein neutrales Unternehmen ist und dass es eine lange, jahrtausendealte, in

Theologie und Philosophie eingeübte theoretische Praxis gibt, sich in ein Verhältnis zu Texten und gar zu heiligen Texten zu setzen. Aus der Sicht Althussters bricht Marx in *Das Kapital* mit jener Tradition, indem er auf eine eigene und zu rekonstruierende Art und Weise die Texte der bürgerlichen Ökonomen liest und ein bestimmtes Verständnis von Theorie und Wissenschaft ausarbeitet. Deswegen stellt sich als entscheidende Frage die nach der Philosophie von Marx. Denn die grosse Wende, die Marx' Text markiert, kann nicht zurückgeführt werden auf irgendeine andere Philosophie, sei es Spinoza, Kant, Hegel, Saussure, Freud oder Critical Realism. Er bricht mit diesen Traditionen und eröffnet, so das Verständnis von Althusser, einen neuen Kontinent der Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.

Die Auseinandersetzung mit Hegel bildet in Althussters *Das Kapital lesen* ein wiederkehrendes Moment. Was genau Marx' Aussage bedeutet, die Hegel'sche Dialektik umzustülpen, beschäftigte Althusser schon in *Für Marx*³. Das ist nicht nur ein philosophisches Problem, sondern ein genuin gesellschaftstheoretisches. Denn es geht dabei um die Frage, welchen Gegenstand die von Marx eröffnete Wissenschaft hat. Althusser zufolge entfaltet Marx mit seiner Kritik der politischen Ökonomie die Wissenschaft der Geschichte, die Theorien der verschiedenen Produktionsweisen, die Theorien der verschiedenen Bereiche innerhalb einer Produktionsweise, die Theorie der Produktion von Erkenntnis, die Geschichte der Theorie der Produktion von Erkenntnis und eine implizite Philosophie. Von entscheidender Bedeutung ist die Überlegung, dass Gedanken- und Realobjekt voneinander getrennt sind.

Marx wird als radikaler Anti-Empirist verstanden. Das ist schon eine grosse Herausforderung für eine in der Linken ebenso wie im Bürgertum verbreitete Theorie, die besagt, dass sich die Wahrheit durch ihren praktischen Erfolg erweise. So heisst es in der Marx-Rezeption denn auch wohlmeinend, dass die Marx'sche Theorie ein Instrument sei, das viele Aspekte der bürgerlichen Gesellschaft besser als andere Theorien erklären könne. Aber woher weiss man das? Gibt es den neutralen Standpunkt, der es erlaubt, aus der Distanz die verschiedenen Theorieangebote neutral mit der Wirklichkeit zu vergleichen? Althusser äussert sich, gestützt auf die Epistemologie Bachelards und Canguilhem, entschieden kritisch. Ein solcher Standpunkt steht nicht zur Verfügung. Der wissenschaftliche Erkenntnisprozess findet immer begrifflich, also im Denken statt, mit Begriffen werden begriffliche Rohstoffe bearbeitet und Erkenntnisse erzeugt.

Im Sinne dieser Überlegung wird auch die Unterscheidung von Wesen und Erscheinung verworfen. Das ist folgenreich für die marxistische Theorie. Denn häufig wird angenommen, dass es so etwas wie eine zugrunde liegende Struktur gibt: das Kapital und seine Logik des sich selbst verwertenden Werts. Diese Struktur muss dann an der Oberfläche der Phänomene in verkehrter, verdinglichter, fetischisierter Gestalt erscheinen: in der Religion, im Recht, im Staat, in der Philosophie, schliesslich auch in den Normen und Werten, dem Bewusstsein der Individuen, die entsprechend handeln. So wird der gesellschaftliche Zusammenhang deterministisch und ökonomistisch konzipiert und erklärt. Dies gilt auch für den Hegel-Marxismus, ob-

wohl diese Theorie viel komplizierter ist als jene des Marxismus der sozialdemokratischen und stalinistischen Tradition, die von einfachen Ursache-Wirkungs-Verhältnissen ausgeht. Der Hegel-Marxismus begreift Phänomene als Vermittlungen auf der Erscheinungsebene, die auf die ökonomischen Gesetzmässigkeiten zurückgeführt werden können und müssen. Sie bringen das Wesen der Grundstruktur zum Ausdruck. Dies bedeutet, dass die gesellschaftliche Totalität immer durch eine homogene Zeit bestimmt ist: An den einzelnen Phänomenen lässt sich wie mit einem «Querschnitt» das Ganze vollständig begreifen. Demgegenüber betonen Althusser und seine Kollegen, dass Marx die Hegel'sche Dialektik von Wesen und Erscheinung nicht nur vom Kopf auf die Füsse stellt, sondern ein völlig anderes Konzept von Dialektik entfaltet: das der Überdetermination. Das bedeutet zunächst, dass es möglich ist, einen theoretischen Begriff der ökonomischen Verhältnisse, der politischen Verhältnisse, der ideologischen Verhältnisse zu erzeugen. Jedes dieser Verhältnisse ist durch eine spezifische Zeitlichkeit, durch eine spezifische Autonomie und Logik gekennzeichnet. Es gibt keine diesen Bereichen gemeinsame, homogene Zeit, sie sind in ihrem Verhältnis zueinander immer ungleichzeitig, weil sie ihrem Rhythmus folgen. Zusammen und überdeterminiert bilden diese besonderen Bereiche das, was Althusser eine Konjunktur nennt, eine konkrete Konstellation, die Gegenstand einer konkreten Analyse ist. Die konkrete Analyse der konkreten Situation kann allein mit den Begriffen, die Marx im *Kapital* entwickelt hat, nicht geleistet werden. Dazu bedarf es zusätzlich der Ausarbeitung

der Begriffe für den Bereich des Politischen und der Ideologie, um dann einen Begriff des komplexen gesellschaftlichen Ganzen und der besonderen Konjunktur zu erzeugen.

Mit dieser Überlegung ist eine besondere gesellschaftstheoretische Annahme verbunden. Der Gegenstand der Theorie von Marx kann *erstens* als Kritik der politischen Ökonomie bestimmt werden. In diesem Fall befasst man sich mit den Gesetzen der Verwertung von Kapital und den Formen, die das Kapital dabei durchläuft. Über andere Bereiche der bürgerlichen Gesellschaft erlaubt das *Kapital* keine Aussagen. Soweit dies in der Tradition doch versucht wurde, handelt es sich um eine Überdehnung der Theorie von Marx hin zu einem Ismus, zu einer Lehre und Weltanschauung. *Zweitens* schlägt der Herausgeber Frieder O. Wolf in seinem Nachwort eine weniger ökonomiezentrierte als vielmehr politische Lesart des Marx'schen *Kapitals* vor. Demnach wäre der Gegenstand des *Kapitals* die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in der bürgerlichen Gesellschaftsformation. Über andere Formen der Herrschaft wie Sexismus oder Rassismus kann die Theorie nichts aussagen. Aber mit dem Begriff der Überdetermination könne Althusser die ökonomische Herrschaft und Ausbeutung mit anderen Formen von Herrschaft und Ausbeutung in ein Verhältnis wechselseitiger Kausalität bringen, so dass die Theorie fruchtbar gemacht werden kann für vielseitige politische Bündnisse. Es ist leicht zu erkennen, dass in beiden Versionen eine Art kantianische Geste praktiziert wird, eine Kritik der reinen Vernunft, welche die Reichweite der Begriffe von Marx rational und von innen her zu begrenzen, aber auch Ansprüche

von aussen abzuwehren sucht. Vorwürfe vonseiten der politischen Ökologie, des Feminismus oder des Postkolonialismus, Marx habe ihren jeweiligen Gegenstand nicht bedacht, gehen ins Leere, wenn gezeigt werden kann, dass sie gar nicht in den Gegenstandsbereich der Kritik der politischen Ökonomie fallen.

Ich möchte demgegenüber die Ansicht vertreten, dass die Bedeutung von Althusser's Ansatz darin besteht, dass er die Herausforderung des Hegel-Marxismus annimmt und versucht, diesen Ansatz einer kapitalismuskritischen Theorie der Totalität mit besseren begrifflichen Mitteln fortzusetzen. Er entwickelt schon in *Für Marx* und dann gemeinsam mit den anderen Autoren in *Das Kapital lesen* die Grundlagen für einen Begriff des komplex strukturierten Ganzen. Für das Verständnis des komplexen Ganzen entscheidend ist der Begriff der Gliederung, der Artikulation. Althusser widmet diesem Begriff grosse Aufmerksamkeit, er stellt ihn dem Begriff der Reduktion auf einen Bereich des Ganzen direkt entgegen. Die Art und Weise der Gliederung ist entscheidend für die Bestimmung der kapitalistischen Produktionsweise. Dem Anspruch von Althusser zufolge hat die von Marx initiierte Wissenschaft der Geschichte die Aufgabe, zahlreiche Bereichstheorien wie die des Rechts, der Politik und des Staates, der Literatur und Kunst, der Schule und Bildung, des Geschlechterverhältnisses oder des gesellschaftlichen Naturverhältnisses auszuarbeiten und ihre überdeterminierenden Dynamiken in Konjunkturanalysen zu bestimmen. Aus heutiger Sicht wird man sich fragen müssen, ob solche Überlegungen nicht doch zu szientistisch waren, ob sie nicht doch noch zu sehr unter dem Eindruck des Hegel-Marxismus und

des Programms einer Totalitätserkenntnis standen. Gleichzeitig ist es aber auch möglich, rückblickend sich über den Stand des Althusser'schen Forschungsprogramms zu verständigen. Denn im Anschluss an seine Theorie hat, um nur einige wenige zu nennen, Nicos Poulantzas eine Theorie des kapitalistischen Staates entwickelt, Bernard Edelmann eine Theorie des Rechts, Michel Pêcheux eine diskursanalytische Ideologietheorie. Die vermutlich bedeutendste Fortentwicklung von Althusser's Theorie findet sich schliesslich in den Arbeiten Michel Foucaults. Sie können meines Erachtens nicht verstanden werden, wenn sie nicht im Kontext von und als kritischer Beitrag zu Althusser's Rezeption der marxistischen Gesellschaftstheorie gelesen werden.

Zu Recht weist Frieder O. Wolf darauf hin, dass die Marx-Lektüre der Althusser-Gruppe auch im Lichte der Ergebnisse der Marx-Engels-Gesamtausgabe und darin der Abteilung II betrachtet werden muss, welche die Marx'schen Vorarbeiten zum *Kapital* und dessen verschiedene Versionen enthält. Daraus ergibt sich, dass Marx' Projekt nicht systematisch geschlossen war, vielmehr suchenden Charakter hatte, dass sich, um es mit Derrida zu sagen, der Signifikant der endgültigen Formulierung des *Kapitals* immer wieder aufschiebt. Genau genommen spiegelt sich in der Lektüre Althusser's und der Althusser-Gruppe die suchende Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie des gesellschaftlichen Ganzen. Das Buch der Autorengruppe viele Jahre nach seinem ersten Erscheinen erneut zu lesen ist Teil einer Konjunktur der Rezeption, die nicht nur hinsichtlich der Marx'schen Arbeiten am *Kapital* eine neue Grundlage hat.

Auch die philologische Grundlage für die ältere kritische Theorie der Gesellschaft zwischen 1932 und 1973 ist heute um vieles besser als zu Beginn der 1970er-Jahre. Dies ermöglicht zu sehen, dass es doch auf überraschende Weise vergleichbare Suchbewegungen gab: eine Neufassung der Dialektik, eine Kritik am systemischen Totalitätsbegriff, einen herrschaftstheoretischen Begriff des Kapitals, ein neues Verständnis des Ideologischen – Suchbewegungen, die durch die Adepten in der späteren Rezeptionsgeschichte unsichtbar gemacht wurden. Für eine künftig ohne jeden Eklektizismus fortzusetzende marxistisch-kritische Theorie der Gesellschaft bergen diese Überlegungen ein noch unausgeschöpftes Potenzial.

Die gegenwärtige Konjunktur ist aber auch bestimmt durch eine Niederlage und Krise der marxistischen Theorie – obwohl sie auf gespenstische Weise immer wiederkehrt und Marx' Bücher in bestimmten Phasen reissenden Absatz finden (mit dem 150-jährigen Jubiläum galt das für das *Kommunistische Manifest*, nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 gilt es für das *Kapital*). Nicht nur wird immer wieder erklärt, die Theorie sei unbrauchbar für die Analyse der Geschlechterverhältnisse, des Rassismus, der ökologischen Krisenlage. Auch das materielle epistemische Terrain, die Hochschule, an der sie über mehrere Jahrzehnte wie selbstverständlich einen Ort der Wirksamkeit finden konnte, ist ihr weitgehend entzogen worden. Sich mit einer Vielzahl von kritischen Ansätzen zu befassen und gleichwohl umfassende, systematisch zusammenhängende Fragestellungen mit erklärendem Anspruch auszuarbeiten und zu verfolgen, gilt als vermessen. *Das Kapital* lesen er-

innert an diesen uneingelösten Anspruch und aktualisiert ihn mit einer Vielzahl von immer noch innovativ wirkenden Begriffen. Wie das *Kapital* auf andere Weise gelesen und die Theorie auf andere Weise zur Geltung gebracht werden kann, das lässt sich aus Althusser's *Das Kapital lesen* lernen.

Anmerkungen

- 1 Althusser, Louis / Balibar, Étienne / Establet, Roger / Macherey, Pierre / Rancière, Jacques, 2015: *Das Kapital lesen*. Vollständige und ergänzte Ausgabe mit Retraktionen zum *Kapital*. Herausgegeben von Frieder Otto Wolf. Münster
- 2 Bourdieu, Pierre, 2014: *Über den Staat*. Vorlesungen am Collège de France 1989–1992. Berlin, 404
- 3 Althusser, Louis, 2011: *Für Marx*. Herausgegeben von Frieder Otto Wolf. Berlin

Christian Chavagneux: **Kleine Geschichte der Finanzkrisen**. Spekulation und Crash von 1637 bis heute. Rotpunktverlag, Zürich 2013 (260 S.)

Christian Chavagneux, langjähriger Chefredakteur der französischen Zeitschrift *L'Economie politique*, versucht in seiner wirtschaftsjournalistischen Schrift, seinen LeserInnen das historische Bewusstsein für Finanzkrisen und Spekulationsblasen zu erweitern. Gewiss kein einfaches Unterfangen, da angesichts der Komplexität des heutigen Finanzmarktes mitsamt seinen Terminkontrakten oder Derivaten eine Verständnis fördernde Vereinfachung a priori zu kurz geraten könnte. Doch genau dieses «Mysterium der Finanzoperationen», wie Émile Zola im Roman *Das Geld* (1891) die Komplexität des Finanzmarktes be-

schrieb, möchte Chavagneux mit seinem Buch entschleiern (S. 16).

Unter der Voraussetzung, dass aus den Erfahrungen der Vergangenheit für die Gegenwart gelernt werden könne, schaut Chavagneux auf vier Finanzkrisen zurück, beschreibt und analysiert sie mit der Absicht, ein Krisenschema herauszuarbeiten, das man unter einer «politischen Ökonomie von Finanzkrisen» zusammenfassen könnte. Dabei erzählt er von der häufig zitierten Tulpenmanie in Holland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, vom Finanzschwindler (oder «Genie») John Law, der die leeren Staatskassen Frankreichs mithilfe von Finanzinnovationen zu sanieren begann – dessen Vorhaben dann aber in einer Finanzblase mündete – und von der US-amerikanischen Finanzpanik 1907, wo neu gegründete Investitionsunternehmen, die sogenannten Trusts, weltweit Börsencrashes auslösten. Und er erwähnt die durch den Wallstreet-GAU und seine Folgen mit verursachte Finanzkrise von 1929, die zur Grossen Depression der 1930er-Jahre beitrug. Alle Krisen weisen, so der Autor, Parallelen auf sowohl hinsichtlich der Ursachen als auch der VerursacherInnen – FinanzakteurInnen wie BankerInnen, SpekulantInnen, BetrügerInnen – mitsamt deren Bilanztricks und Schneeballsystemen.

Wie Chavagneux einleitend erwähnt, ist die finanzielle Instabilität eines der grossen Übel des heutigen Kapitalismus. Die Finanzmärkte sollten deshalb politisch so reguliert werden, dass künftige Finanzkrisen und die wiederkehrenden Finanzblasen verhindert werden können. Einen Wendepunkt in der Finanzgeschichte erkennt er in der 1933 durch US-Präsident Franklin D. Roosevelt ein-

geführten Bankengesetzgebung. Bestandteil der Regulierung des Banken- und Finanzsektors im Reformprogramm des New Deal war die Glass-Steagall Act. Damit wurde ein Trennbankensystem eingeführt, das Geschäftsbanken von den riskanten Wertpapiergeschäften ausschloss. Bis zu seiner Aufhebung in der zweiten «Deregulierungsära» des Kapitalmarktes im Jahre 1999 blieben diese Geschäfte Investmentbanken vorbehalten. Diese und weitere Massnahmen zur Eindämmung von Finanzkrisen führten laut Autor zu fast vierzig Jahren Wirtschaftswachstum und finanzieller Stabilität. Dass dieser Konjunkturverlauf von mehreren kurzfristigen Krisen begleitet war und ein grosser Teil der Weltbevölkerung von der Reichtumsakkumulation ausgeschlossen blieb, wird hierbei nicht erwähnt. Dennoch, Roosevelts Inkompatibilitätsdreieck – Rentabilität, Stabilität, billige Kredite – bilden wichtige Eckpunkte in der Ausarbeitung einer effizienten Finanzmarktregulierung, so Chavagneux (S. 118). Krisen entstehen, wenn das Gleichgewicht des Dreiecks gestört wird: wenn der Konkurrenzkampf zwischen Banken und Investmentgesellschaften zu einem Rentabilitätswettlauf ausufert und durch immer neue Finanzprodukte aus dem Ruder läuft und so der Stabilität schadet. Wenn durch einen Kreditboom eine möglichst billige Finanzierung der Wirtschaft angestrebt wird, die Kredite dann aber zu Spekulationszwecken eingesetzt werden. Oder wenn die Finanzmarktgesetze so dereguliert werden, dass sich neuer Nährboden für toxische Verbriefungen ausbreitet.

Die Frage nach der Natur von Finanzkrisen ist Gegenstand des zweiten Teils des Buches. Dabei werden die Finanz-

mechanismen in ein Spannungsverhältnis mit den psychologischen, politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Kräften gestellt. So gehen der Gleichgewichtsstörung – um an das angesprochene Dreieck anzuknüpfen – Finanzinnovationen voraus, die oft, angetrieben durch die Profitgier von AkteurInnen die leicht der Illegalität verfallen, in Kreditblasen münden. Bei der Ausarbeitung der Prämissen einer Finanzkrise greift Christian Chavagneux auf die Arbeit *Manien, Paniken, Crashes. Die Geschichte der Finanzkrisen der Welt* (1978) des Wirtschaftshistorikers Charles Kindleberger zurück. Dieser identifiziert die Abfolge von Finanzkrisen schematisch: nicht kontrollierte Innovationen – Profitgier – Kreditblase – Aktienblase. Jedoch bemängelt Chavagneux zu Recht, dass in den bisherigen Arbeiten zu Finanzkrisen wenig auf die mikroökonomische Dimension eingegangen wurde. Unzureichendes Risikomanagement der FinanzakteurInnen selbst und ihre mangelhafte – wenn nicht sogar ignorante – Berechnungsmethode des Value at Risk (VaR) zur Analyse von potenziellen Verlusten bei Risikogeschäften (S. 136) sowie korrupte Versicherungsunternehmen bilden ein komplexes Gefüge von undurchschaubaren Geschäftstätigkeiten, welche die Gesetzgeber und Kontrollbehörden des Finanzsektors laufend ausmanövrieren.

Das wohl spannendste und vielleicht auch kontroverseste Argument Chavagneuxs bildet die Frage nach der sozialen Ungleichheit, die einer Phase finanzieller Instabilität vorausgeht. Da der kausale Zusammenhang zwischen Finanzkrise und sozialer Ungleichheit nur schwierig zu eruieren ist, lässt sich aus den Recherchen des Autors folgendes Fa-

zit ziehen: Finanzderegulierung und zunehmende Einkommensungleichheit haben einen gemeinsamen Nenner, weil sie der Machtausweitung der Reichen dienen, und es existiert ansatzweise eine Verbindung zwischen politischer und finanzieller Macht, welche an den Finanzmärkten ausgespielt wird. Leider vertieft Chavagneux diese Thesen nicht weiter, sondern widmet die letzten achtzig Seiten des Buchs der Subprime-Krise von 2007 und dem falschen politischen Krisenmanagement der EU-Staaten. Diese hätten mit den falschen ideologischen und finanzpolitischen Konzepten die Krise zu mildern versucht. Das Austeritäts-Credo der EU-MinisterInnen und der Europäischen Zentralbank (EZB) – dass Staatsschulden durch konsequente Steuersenkungsprogramme und gesetzliche Sparprogramme getilgt werden müssten – führte in eine noch grössere Verschuldungskrise einiger EU-Staaten. Die europäischen Regierungen hätten hingegen einen Schuldenerlass aussprechen und die EZB früher in die Zinsentwicklung kontrollierend eingreifen müssen.

Chavagneux setzt im Schlusskapitel auf die politische Regulierung des Finanzmarktes. Für eine globale Kontrolle von Finanzinnovationen sei der Handel mit Derivaten verstärkt durch Clearinggesellschaften zu organisieren. Diese privaten Institutionen sind wie Notariate, welche die Transaktionen zwischen den FinanzakteurInnen registrieren, das Handelsvolumen überwachen und im Falle einer Zahlungsunfähigkeit von Akteurinnen als Gläubiger zur Stelle treten (S. 202f.). Zudem verweist er auf die Notwendigkeit einer makroprudenziellen Regulierung – eine weltweite Finanzkontrolle –, um künftige Finanz-

krisen früh zu erkennen und zu verhindern. Während Chavagneux die verschiedenen Regulierungsmassnahmen für einen stabileren Finanzsektor sorgfältig abwägt und neue Rezepte diskutiert, wird den LeserInnen verdeutlicht, weshalb die staatliche und internationale Finanzmarktregulierung bis heute nur wenige Erfolge zu verzeichnen hat. Denn der Kampf um die effizienteste Finanzmarktregulierung ist zugleich eine ideologische Auseinandersetzung. Chavagneux weist deshalb abschliessend auf die Notwendigkeit hin, dass sich die Zivilgesellschaft als Gegengewicht zur Finanzlobby zu einem unabhängigen politischen Kontrollorgan formieren muss.

Um finanzpolitische Entscheidungen von Regierungen in ökonomischen Krisenzeiten zu beurteilen, ist die Aufarbeitung und das Verständnis von Finanzkrisen von zentraler Bedeutung. Das Buch von Christian Chavagneux zeichnet sich durch einen breit recherchierten, ausführlich dokumentierten und informativen Gehalt aus. Dieser liegt vor allem in der Ausarbeitung eines übertragbaren Krisenschemas aus historischen Erkenntnissen. Bei einer näheren Betrachtung der AkteurInnen, die Chavagneux beschreibt und die bei der Entstehung von Finanzkrisen mitwirken, wird aber die Schwierigkeit ersichtlich, eine auf die Gegenwart bezogene Geschichte von Finanzkrisen zu schreiben. Sie wird offensichtlich, wenn versucht wird, die soziokulturelle Umgebung und die Motivation der in Finanzkrisen involvierten AkteurInnen zu verstehen und zu erklären. Mit einem teils alltagspsychologischen Ansatz greift die Beschreibung der Vorstellungswelten und des historischen Kontexts zu kurz – so

wurde zum Beispiel der Begriff des Risikos jeweils unterschiedlich interpretiert und war einem steten Deutungswandel ausgesetzt.

Wichtig ist die These, die dem Buch zugrunde liegt: Die Finanzkrisen sind ein endogenes Problem in der Funktionsweise der Finanzmärkte. Somit wird uns ein weiteres Problemfeld geöffnet: Wie soll in der gegenwärtigen Krise das «trunkene Schiff», wie Chavagneux das Finanzsystem beschreibt, demokratisch reguliert werden, wenn die Demokratie durch den Finanzkapitalismus grundsätzlich infrage gestellt wird?

Gianluca Pardini

Adam LeBor: **Der Turm zu Basel.** BIZ – die Bank der Banken und ihre dunkle Geschichte. Rotpunktverlag, Zürich 2014 (344 S.)

1993 erschien die erste deutschsprachige Monografie zur Geschichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) von Gian Trepp mit dem Titel *Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europa-bank zum Instrument des Marshallplans* beim Rotpunktverlag. Rund dreissig Jahre später ist nun eine neue Aufarbeitung der Geschichte der BIZ – ebenfalls beim Rotpunktverlag – erschienen. Verfasst wurde diese neue Geschichte von dem in Budapest lebenden englischen Journalisten Adam LeBor, die 2014 ursprünglich auf Englisch unter dem Titel *The Tower of Basel. The shadowy history of the secret bank that runs the world* erschien. LeBors Publikation richtet sich an ein eher populärwissenschaftlich ausgerichtetes

Publikum und umfasst die Zeitspanne von der Gründung der Bank im Jahre 1930 bis heute. Merkwürdigerweise erscheint die Publikation Trepps nicht im Literaturverzeichnis.

LeBor beschreibt, was die Triebkräfte für das Entstehen der BIZ waren: Sie wurde ins Leben gerufen, um nach dem Ersten Weltkrieg einen geregelten Ablauf der deutschen Reparationszahlungen an die Siegermächte – vor allem England und Frankreich – gemäss dem Young-Plan zu organisieren. Die Bank sollte eine rein technische Institution werden, die nach sogenannten übergeordneten Gesichtspunkten ihre Geschäfte abwickelt. Dem ersten Präsidenten der Bank zufolge soll sie «völlig frei von jeglicher politischer und staatlicher Kontrolle» handeln. Diese «Entpolitisierung» der Bank machte sie aber besonders anfällig für politische Manipulationen angesichts der sich zuspitzenden politischen Gegensätze in Europa. Während Deutschland zu einem frühen Zeitpunkt die Möglichkeit der Instrumentalisierung der Bank für seine Zwecke erkannte, wurde von den anderen an der Bank beteiligten Nationen – vorwiegend von den Vertretern der aus dem angelsächsischen Raum stammenden Banken- und Finanzfachleute sowie entsprechenden Anwälten – strikte die Illusion einer neutralen, unpolitischen Bank aufrechterhalten, betont LeBor. So standen sich zumindest anfänglich zwei Konzepte gegenüber. Dabei ist das eigentlich Erstaunliche an der Geschichte der BIZ, wie lange und intensiv das Lager der «Illusionisten» sich der «Neutralität» und der «Rechtmässigkeit» verpflichtet fühlte. LeBor begründet dies vor allem mit den auch den Zweiten Weltkrieg überdauernden Geschäftsbeziehungen der

alliierten Mächte mit Deutschland (etwa Standard Oil, General Motors oder die Chase National Bank, deren Geschäftsführer der Pariser Filiale ein glühender Nazi war, worüber die Zentrale in New York unterrichtet war).

Neben der Abwicklung der Reparationszahlungen verweist LeBor auf zwei weitere Funktionen der BIZ: die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken sowie die Funktion als Bank der Zentralbanken, d. h. als Drehscheibe für den internationalen Zahlungsverkehr. Der Frage, inwiefern die BIZ bereits bei ihrer Gründung als ein Instrument der westlichen Länder und des von ihnen vertretenen kapitalistischen Systems im Kampf gegen den Kommunismus und insbesondere die Sowjetunion aufgebaut wurde, geht LeBor nicht nach. Immerhin vertraten beispielsweise vonseiten der USA grosse private Finanzunternehmen beziehungsweise deren Repräsentanten die «nationalen» Interessen im Rahmen der BIZ. Es fand gewissermassen eine «Privatisierung» der Beziehungen auf der Ebene der Banken statt, was sich auch auf das Verhalten der BIZ-Vertreter auswirkte.

Im gehobenen, engen Kreis trafen sich jeweils die führenden Zentralbankenverwalter und diskutierten finanztechnische Probleme bei Kaffee und Kuchen. Verbindend war dabei ein Selbstverständnis, das auf spezifischem finanztechnischem Know-how aufbaute und dessen Grundlage ein ständisches Selbstbewusstsein war. Es entstand eine eigene Welt von männerbündischen Beziehungsfeldern, die allen politischen Wirren standhielten und auch während des Zweiten Weltkriegs weiter funktionierten. Auch nationalsozialistische Bankenvertreter wurden problemlos in

dieses System integriert und übten zunehmend Einfluss aus. Zum Teil akzeptierte und unterstützte die BIZ auch die Plünderung der durch die Nationalsozialisten unterworfenen Länder, ungeachtet der Tatsache, dass die Verträge, welche die rechtliche Basis für entsprechende Transfers bildeten, unter Anwendung von Druck zustande gekommen waren. Gold – auch das sogenannte Zahngold aus den Konzentrationslagern – wurde als Zahlungsmittel von der BIZ akzeptiert. Vor allem für das aussenpolitisch weitgehend isolierte Deutschland war die Bank eine zentrale Kapitaldrehscheibe zur Finanzierung kriegswichtiger Rohstoffe. «Bankgeschäfte mit dem Feind» waren gang und gäbe und generierten entsprechende Gewinne, die dazu genutzt wurden, den Status der Bank und der sie repräsentierenden Organe zu erhalten. Handkehrum bot die BIZ den Nazis die Möglichkeit, ihre ökonomischen Interessen in den USA aufrechtzuerhalten – und dies, obwohl zwischen den beiden Ländern Krieg bestand.

LeBor analysiert allerdings verschiedentlich mit sehr grobem Raster und personalisiert die Entwicklungen der BIZ. Diese Vorgehensweise kaschiert das Fehlen von vertieften Analysen, die es erlauben würden, die Entwicklung in einen umfassenderen Kontext einzuordnen. So schreibt LeBor etwa: «Es war eine bemerkenswerte Arroganz, die dieser Gruppe von Geldmännern, die niemandem Rechenschaft schuldeten, ein solches Selbstwertgefühl verlieh. Diese Clique hatte durch einen Taschenspielertrick ihre eigene Bank errichtet – ohne Rechenschaftspflicht und jenseits des Zugriffs jeder Regierung –, und dann verkündet sie, dass ihre Existenz ein Segen für die Menschheit sei.» (S. 85)

LeBor schildert detailgetreu und anekdotenhaft die Haltungen und das Verhalten wichtiger Figuren rund um die BIZ. So etwa die Freundschaften zwischen Thomas McKittrick, dem amerikanischen Präsidenten der BIZ während des Zweiten Weltkriegs, und den prominenten Vertretern Nazideutschlands in den BIZ-Leitungsgremien. Zum Teil überdauerten diese Freundschaften auch den Zweiten Weltkrieg. McKittrick beispielsweise setzte sich während der Entnazifizierung für verschiedene deutsche Freunde ein, wobei sich seine hochrangigen Beziehungen – unter anderem zu den Gebrüdern Dulles (ein US-Außenminister und ein CIA-Chef) – als durchaus hilfreich erwiesen. Folgerichtig überlebte die BIZ auch die Wirren des Krieges, ohne dass sie sich ihrer Geschichte stellen musste. Einzig der US-Finanzminister Henry Morgenthau stemmte sich gegen die von den US-Vertretern der BIZ propagierte Zusammenarbeit mit Nazideutschland. Letztlich aber konnte sich Morgenthau – nicht zuletzt auch mit seinem Plan von einem Rückbau Deutschlands zu einem Agrarstaat – nicht durchsetzen.

Obwohl es der BIZ vor allem beim Aufbau des Nachkriegseuropas gelang, wieder eine wichtige Funktion als Gesprächsforum und als Drehscheibe für Zahlungsabwicklungen zu übernehmen und damit die alten (auch ehemaligen nationalsozialistischen) Seilschaften wieder zu etablieren, verlor sie als regulierendes Organ nach der Gründung der Bretton-Woods-Institutionen (dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank) im Jahr 1944 an Bedeutung. Zwar versuchte sich die BIZ mit ihrem realwirtschaftlich-konservativen Ansatz gegenüber dem amerikanischen Speku-

lationskapitalismus zu behaupten, etwa mit der Gründung von Institutionen wie dem Financial Stability Board oder der Einführung von Bankenvorschriften (Eigenkapitalvorschriften etc.). Aber letztlich verschob sich der Schwerpunkt für währungs- und finanzpolitische Entscheidungen in Richtung USA. Ob beispielsweise, wie LeBor meint, die BIZ beziehungsweise das durch ihre Existenz unterhaltene Beziehungsnetz zwischen den Zentralbankern entscheidend für die Überwindung globaler Finanzkrisen war, ist fraglich. Andererseits kommt der realwirtschaftliche Ansatz der BIZ vor allem bei Staatsbankrotten wie etwa im Fall Argentinien zum Tragen, gelang es doch, das Guthaben der argentinischen Zentralbank auf ein BIZ-Konto zu verschieben und so vor dem Zugriff der Gläubiger (zumindest vorläufig) zu retten. Zudem ging aus der BIZ die Europäische Zentralbank (EZB) hervor, die sich nach den gleichen Grundsätzen wie die BIZ konstituierte: weitgehend intransparent, technokratisch ausgerichtet und politisch kaum kontrollierbar.

Gut an dem Buch ist, dass eine sich als technisch verstehende, aber politisch wirkende Institution des Finanzsystems erneut untersucht wurde. Schade nur, dass geopolitische Überlegungen zu der Situierung der Bank praktisch gänzlich fehlen.

Wolfgang Hafner

David Stuckler / Sanjay Basu: **Sparprogramme töten.** Die Ökonomisierung der Gesundheit. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2014 (224 S.)

«Wären die Experimente mit Sparprogrammen ebenso strikten Kriterien unterworfen wie klinische Studien, so hätte eine medizinische Ethikkommission längst für einen Abbruch gesorgt.» (S.162) Damit bringen der politische Ökonom David Stuckler und der Mediziner Sanjay Basu die Ergebnisse ihrer epidemiologischen Forschungsarbeit auf den Punkt. Während zehn Jahren untersuchten sie, wie sich Wirtschaftskrisen auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken. Um ihre Erkenntnisse einer breiten Leserschaft bekannt zu machen, haben sie das Buch *The Body Economic. Why Austerity Kills* geschrieben, das 2013 bei Basic Books in New York veröffentlicht wurde. Ein Jahr später ist die deutsche Übersetzung unter dem Titel *Sparprogramme töten* erschienen.

Die Grosse Depression der 1930er-Jahre, der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Asienkrise und die aktuelle weltweite Finanzkrise dienten ihnen unter anderem als Untersuchungsgegenstand. Nicht die Krise an sich schade der Gesundheit, betonen die Forscher, sondern falsche Rezepte zu ihrer Bewältigung, die auf Ideologie statt auf Evidenz basieren. Anhand zahlreicher Beispiele wird deutlich, dass Sparprogramme tödliche Folgen haben, wenn sie bei der Gesundheitsversorgung oder bei der Bildung ansetzen. Mehr noch, die wirtschaftliche Erholung wird zusätzlich verzögert, da die Menschen gesundheitlich geschwächt sind, aus dem Arbeitsprozess fallen oder abwandern. Allen einschlägi-

gen Erfahrungen, Forschungsergebnissen und Warnungen von Expertinnen und Experten zum Trotz zwingt der Internationale Währungsfonds (IWF) den von Wirtschaftskrisen gebeutelten Ländern bis heute rigorose Sparprogramme auf.

Stuckler und Basu haben umfangreiches Datenmaterial erhoben und leiten daraus drei Empfehlungen für den Umgang mit wirtschaftlichen Krisen ab. Erstens gilt es, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Zweitens helfen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialprogramme, um möglichst rasch und unbeschadet wieder aus der Krise herauszufinden. Und drittens darf niemand wegen einer Wirtschaftskrise den Anspruch auf Gesundheitsleistungen verlieren. Neu und spannend an diesem Buch sind die zahlreichen, datengestützten Nachweise der Zusammenhänge zwischen Sparprogrammen und Gesundheitsindikatoren. Die Autoren entlarven die Austeritätspolitik zahlreicher Länder nicht nur als gesundheitsschädigend, sondern auch als ökonomisch unsinnig. Die Beispiele sind gut verständlich beschrieben und auch für ökonomisch und epidemiologisch wenig Geübte spannend zu lesen. Für Fortgeschrittenere wäre es dennoch hilfreich gewesen, etwas mehr über die Forschungsmethoden der beiden Autoren zu erfahren, wobei: Sämtliche wissenschaftlichen Publikationen der beiden sind im Anhang aufgeführt.

Daran, wie die US-Bundesstaaten angesichts der Grossen Depression Roosevelts New Deal umsetzten, lässt sich erstmals ablesen, wie sich eine Wirtschaftskrise ohne grössere gesundheitliche Auswirkungen für die Bevölkerung bewältigen lässt. Damals wurden Ar-

beitsplätze geschaffen, Wohnungen erstellt, Lebensmittelmarken an Bedürftige abgegeben und Spitäler gebaut. In den Bundesstaaten, die den New Deal aktiv unterstützten und in Sozialprogramme investierten, nahmen Kindersterblichkeit, Infektionskrankheiten und Suizidraten signifikant ab. Dort, wo die Gouverneure den New Deal ablehnten, geschah das Gegenteil. Stuckler und Basu rechneten: 100 Dollar pro Kopf, in den New Deal investiert, verhinderten 18 Todesfälle durch Lungenentzündung pro 100 000 Menschen. Doch statt aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise zu lernen, setzen Politikerinnen und Politiker rund um die Welt weiterhin auf Sparprogramme im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Die Asienkrise Ende der 1990er-Jahre stellte, so die Autoren, ein «natürliches Experiment» (S. 68) dar; eine ungeplante Situation mit dem Charakter einer Versuchsanlage. Während Indonesien und Thailand die Auflagen des IWF befolgten und ihre Sozial- und Gesundheitsausgaben massiv kürzten, investierte Malaysia in Sozialprogramme und bildete damit gleichsam die «Kontrollgruppe» in diesem Experiment. In Indonesien und Thailand nahm die Selbstmordrate sprunghaft zu. Viele Menschen litten wegen der steigenden Lebensmittelpreise Hunger; innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Mütter, die unter den Folgen von Mangelernährung litten, um zwanzig Prozent. Statt die Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, öffneten die Regierungen ihre Finanzmärkte noch weiter für Währungsspekulanten und verschärften damit Armut und Hunger. Dazu verursachte der Einbruch der Währungen in den ostasiatischen Ländern massive Preissteigerungen bei Me-

dikamenten. Ein grosser Teil der Bevölkerungen hatte kaum noch Zugang zur Gesundheitsversorgung, die Zahl der durch Infektionskrankheiten verursachten Todesfälle stieg rasant. Thailand und Indonesien kürzten ihre Gesundheitsausgaben und strichen zudem die Mittel für Präventionsprogramme gegen HIV. Nicht so in Malaysia: Hier beschloss die Regierung, den Rat des IWF zu ignorieren. Sie stoppte die steigenden Nahrungsmittelpreise und begrenzte die Währungsspekulation, indem sie die Währung an den Dollar koppelte. Und sie steigerte die Gesundheitsausgaben, statt sie zu kürzen. Massenhaftes Elend konnte so vermieden werden, und mehr noch, Malaysia war das erste Land, das eine wirtschaftliche Erholung verzeichnete. Selbst der IWF sah ein – wenn auch viel zu spät – dass er während der Asienkrise Fehler begangen und viel unnötiges Leid verursacht hatte. IWF-Direktorin Christine Lagarde entschuldigte sich 2012 öffentlich für die angerichteten Schäden.

Stuckler und Basu gehen auch auf den «Staatsausgabenmultiplikator» (S. 89 f.) ein, der die Auswirkungen von Konjunktur- oder Sparprogrammen zeigen soll. Ein Multiplikator unter 1 bedeutet, dass jeder Euro, den der Staat ausgibt, der Wirtschaft schadet und das Wachstum bremst. In den Modellen des IWF beträgt dieser in allen Ländern und bei allen Budgetposten 0,5. Staatsausgaben haben in diesem Modell immer einen negativen, Budgetkürzungen immer einen positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Forscher rechneten nach und untersuchten, was Konjunktur- oder Sparprogramme tatsächlich bewirkten. Nach Auswertung von Daten aus 25 Ländern kamen sie zum Schluss,

dass in Wirklichkeit jeder Euro, den der Staat ausgibt, 1,7 Euro «Gewinn» für die Volkswirtschaft bedeutet. Der von Stuckler und Basu errechnete Staatsausgabenmultiplikator ist für die Gesundheit und die Bildung am grössten, für Rüstungsausgaben und Bankenrettungspakete am niedrigsten.

Ein weiteres ungeplantes «Experiment» ergab sich zehn Jahre später in Europa. Die «Kontrollgruppe» bildete diesmal die Bevölkerung Islands, welche in einer Volksabstimmung im März 2010 entschied, dem Rat des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz zu folgen, der lautete: «Wenn der IWF von Ihnen verlangt, dass Sie sparen, dann setzen Sie ihn vor die Tür.» Island weigerte sich also, die Schulden der Banken mit Steuergeldern zu begleichen, und investierte stattdessen in Sozialprogramme und in die Gesundheit. Damit überstand die isländische Bevölkerung die Krise in guter körperlicher und geistiger Verfassung und die Wirtschaft erholte sich erstaunlich schnell. Nicht so in Griechenland, wo die rigorosen Sparprogramme ein Gesundheitsdesaster auslösten, wie die beiden Forscher eindrücklich nachzeichnen. Zuerst verleugnete die Regierung die wahre Wirtschaftslage. Es folgten zwei Rettungspakete, ein Regierungswechsel und radikale Sparprogramme (das Buch erschien 2013, zur Zeit der Regierung Samaras'). Die Mittel aus den Notkrediten von IWF und Europäischer Zentralbank investierte Griechenland nicht etwa in Gesundheits- und Sozialprogramme, sondern leitete das Geld direkt an die Gläubiger der Banken im Ausland weiter. Die gesundheitlichen Folgen sind desaströs. Momentan versucht Syriza in Griechenland eine Empfehlung von Stuckler und Basu in die Tat umzusetzen: Mehr

Demokratie. Doch EU und IWF beharren auf dem Austeritätskurs. Vielleicht ist es schon zu spät, um langfristige Schäden für die Gesundheit der Griechinnen und Griechen abzuwenden.

Anna Sax

Klaus Pickshaus: **Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben.** Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand. VSA Verlag, Hamburg 2014 (176 S.)

Mit der Initiative «Gute Arbeit» wurde in Deutschland Anfang 2000 ein arbeitspolitisches Projekt lanciert, das die gewerkschaftliche Rolle im finanzmarktgesteuerten Kapitalismus neu definiert. Der ehemalige Leiter des Ressorts Arbeits- und Gesundheitsschutz der IG Metall, Klaus Pickshaus, führt die Fäden der Initiative in seinem neuesten Buch zusammen. Gestützt auf eine Fülle von Studien formuliert er die neuen Gestaltungsfelder einer kapitalismuskritischen Gewerkschaft. Die Initiative Gute Arbeit steht nicht nur für eine gewerkschaftspolitische Neuausrichtung, sie bietet auch Anknüpfungspunkte zur Demokratisierung der aktuellen Wirtschaftsordnung.

Der vorliegende Band handelt von den Auswirkungen kapitalistischer Produktionsbedingungen auf die Lebensumstände von Arbeitenden. In Anlehnung an Marx und Engels verweist Klaus Pickshaus auf die Bedeutung von Gesundheit und Arbeitsqualität im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Beide sind Spiegel kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und zugleich Austragungs-

orte arbeitspolitischen Widerstands. Die Rücksichtnahme auf Gesundheit und Leben der Arbeitenden waren nicht nur erste Forderungen der ArbeiterInnenbewegung, sondern «Brennpunkte» (S. 18) für die Bildung von Gewerkschaften. Die Auseinandersetzung mit der Gesundheit und dem Arbeitsleben in den Betrieben offenbarte die Notwendigkeit einer Regulierung des Arbeitsschutzes und der sozialen Sicherung. Gemäss Pickshaus galt diese Notwendigkeit nicht nur dem Interesse der Arbeitenden, auch wurde, in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kämpfen dem Kapital abgerungen. Einmal errungene Regulierungen von Arbeitsbedingungen sind bis heute ständigen Aushandlungsprozessen unterworfen. So ist der Zusammenhang zwischen schlechten Arbeitsbedingungen und Gesundheit kein Relikt der Industrialisierung, sondern Konfliktlinie der Gegenwart.

Im zweiten Kapitel wird klar, dass die Kontroversen zu den Arbeitsbedingungen bis heute an keinerlei Bedeutung verloren haben. Mit Ausführungen zu neuen Managementkonzepten, indirekter Steuerung, Finanzmarktsteuerung und dem Wettbewerbsstaat schildert Klaus Pickshaus die zerstörerischen Wirkungen des Finanzmarktkapitalismus auf die Arbeitswelt. Er konstatiert eine neuartige Auffächerung der Arbeitsgestaltung unter Wettbewerbskategorien, die den Druck auf die Beschäftigten und die Arbeitsbedingungen erhöht haben.

Um diesen Tendenzen entgegenzutreten, brauchte es eine Neuausrichtung gewerkschaftlicher Arbeitspolitik. Dafür steht die Initiative Gute Arbeit. Die vor über zehn Jahren entstandene Humanisierungsoffensive hatte ursprünglich das ambitionierte Ziel, der Deutungs-

heit einer ökonomischen Sichtweise auf Arbeits- und Gesundheitsschutz eine Alternative entgegenzustellen. In den Kapiteln 3 bis 5 zeichnet Pickshaus die Entwicklungslinien der Initiative nach. Tatsächlich ist es dem anfänglich von der IG-Metall initiierten Projekt Gute Arbeit gelungen, das Thema Arbeitsgestaltung wieder in die gewerkschaftliche und politische Agenda aufzunehmen. Mit der Entwicklung des DGB-Indexes Gute Arbeit fand das Projekt sogar Einzug in den vorherrschenden politischen Diskurs und erweiterte die arbeitspolitische Debatte über deren gewerkschaftlichen Horizont hinaus. Zwar verlor der Begriff der «guten Arbeit» dadurch an Schärfe. Damit wird aber auch ersichtlich, wie sehr die Definition «guter» Arbeit politischen Deutungskämpfen unterliegt. In diesem Sinne ist die Initiative mehr als nur ein gewerkschaftliches Agenda-Setting.

Die gesellschaftskritische und arbeitspolitische Initiative bezeichnet Pickshaus als «gegendentenzielles Projekt» (S. 47). In den Fokus geraten die qualitativen Merkmale der Arbeit. Demnach bilden die gesundheitlichen, sozialen und arbeitsinhaltlichen Interessen der Beschäftigten die Bewertungs- und Rechtfertigungskriterien für gute Arbeit. Dies eröffnet Raum für Konzepte beteiligungsorientierter Arbeitsgestaltung und löst die Diskussion um «gute» Arbeit von der betriebswirtschaftlichen Vereinnahmung von Gesundheit und Arbeit, bei welcher der ökonomische Nutzen im Vordergrund steht.

Für den Neuaufbruch gewerkschaftlicher Arbeitspolitik stellt die Stärkung der Rolle von Beschäftigten – als ExpertInnen ihrer eigenen Arbeitssituation – einen der wichtigsten Grundpfeiler dar.

Zwar bringt diese Ausrichtung neue Herausforderungen für die betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften mit sich, aber nur so lässt sich eine adäquate Mitbestimmung bei der betrieblichen Gesundheitsförderung und den Arbeitsbedingungen aufbauen. Mit dieser arbeitskraftzentrierten Strategie bewegt man sich weg von einer reinen Stellvertreterpolitik hin zu einer Politik, welche die «Arbeitskraft- und Subjektinteressen der Beschäftigten und die Stärkung von Humanisierungsstandards ins strategische Zentrum» rückt (S. 74).

Als mögliche Form einer beteiligungsorientierten Arbeitspolitik nennt Pickshaus unter anderem Beschäftigtenbefragungen. Basierend auf einer solchen Befragung wurden drei «prioritäre arbeitspolitische Handlungsfelder» ausgemacht (S. 63). Die Belastungszunahme durch gestiegenen Leistungsdruck und entgrenzte Arbeitszeiten, zugespitzte Prekaritätsprobleme bei jungen und alten Beschäftigungsgruppen und Defizite bei der altersgerechten Arbeitsgestaltung zählen zu den akuten Problemfeldern der heutigen Arbeitswelt. Das fünfte Kapitel greift diese Handlungsfelder auf und verortet sie in arbeitspolitischen Frage- und Problemstellungen. Besonderes Augenmerk legt der Autor dabei auf die Entgrenzung und Intensivierung der Arbeit als auch auf die Zunahme psychosozialer Belastungen am Arbeitsplatz. Dabei spielen die Arbeitszeitdebatte und eine demografiesensible Arbeitspolitik eine zentrale Rolle.

Für den arbeitspolitischen Strategieansatz der Gewerkschaften führt Klaus Pickshaus verschiedene Gestaltungsfelder und Kampagnen der IG Metall an. Neben der Stärkung wirtschaftsdemokratischer Einflussmöglichkeiten in der

Politik sind Regulierungsanforderungen auf betrieblicher Ebene gefragt. Im sechsten Kapitel diskutiert der Autor, inwiefern Regulierungsansätze auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene möglich sind. So wurde mit der «Anti-Stress-Initiative» eine Verordnung eingefordert, die den Ökonomisierungs- und Leistungsdruck auf die Beschäftigten begrenzen soll. Zudem gewannen die Debatten zur altersgerechten Gestaltung von Arbeit wie auch zu flexiblen Übergängen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die IG-Metall-Initiative «Gute Arbeit – gut in Rente» an Dynamik. Beide Initiativen verdeutlichen den Paradigmenwechsel der arbeitspolitischen Gewerkschaftsstrategien. Adäquate Antworten auf die formulierten Herausforderungen lassen sich mit den Beschäftigten und ihren differenzierten Problem- und Interessenlagen ermöglichen. So entstehen alternative Konzepte, die das Interesse der Beschäftigten an mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in der Arbeit aufgreifen und durch Regelungen absichern.

Durch die Zusammenstellung wichtiger Texte der bereits länger bestehenden Initiative Gute Arbeit ermöglicht der Band weiterführende Anknüpfungspunkte für die arbeitssoziologische und gesundheitswissenschaftliche Forschung. Darüber hinaus bietet er Einblicke in den Zusammenhang zwischen Arbeitsgestaltung und ihren gesundheitsrelevanten Konsequenzen.

Dem Autor ist es gelungen, die Diskurse und Aushandlungsprozesse gewerkschaftlicher Arbeitspolitik rund um die Initiative Gute Arbeit informativ darzustellen. Zwar räumt er der kapitalismuskritischen Arbeitspolitikstrategie nur geringen Spielraum ein, sieht aber in

den kleinen Reformschritten des Projekts ein wegweisendes Potenzial. Der Band verfolgt mit dem arbeitskraftzentrierten Ansatz eine Strategie, welche die gewerkschaftliche Arbeitspolitik im Kontext des Finanzmarktkapitalismus neu verortet.

Riccardo Pardini

Brigitta Bernet/Jakob Tanner (Hg.): **Ausser Betrieb.** Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz. Limmat Verlag, Zürich 2015 (344 S.)

Der von Brigitta Bernet und Jakob Tanner herausgegebene Band *Ausser Betrieb. Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz* versammelt Beiträge zu einer erweiterten Sozialgeschichte der Arbeit. Erweitert, weil Arbeit «von den Rändern her» (S. 26) gedacht wird und somit Konventionen der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts dargelegt werden. Die Herausgeberin und der Herausgeber konstatieren eine gegenwärtige Entgrenzung der Arbeit, die in den Sozialwissenschaften um Begriffe von Prekariät und Krise auch als Auflösung der traditionellen Arbeitsgesellschaft breit diskutiert wird. Dies stelle die Sozialgeschichte vor die Herausforderung, die «Normalität des Normalarbeitsverhältnisses» (S. 26) als historische Ausnahme begreifbar zu machen. In ihrem Einleitungstext zeichnen sie «Aufstieg, Stabilisierung und Erosion der «betriebskapitalistischen» Form der Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert» nach (S. 7). Der Text steigt anschaulich mit einer Reportage von Niklaus Meienberg über eine Sprengung von ArbeiterInnenhäusern in Perlen (LU) 1985 ein – eine sinnbildliche Ge-

schichte der krisenhaften Transformation der Industriegesellschaft. Diese Sprengung steht nicht nur für die «schöpferische Zerstörung» des Kapitalismus, die neuen Formen Platz macht. Sie lege auch erst den historiografischen Blick frei auf die Entstehungsbedingungen der betrieblichen Form und deren «vielfältigen Bezüge zur «ausserbetrieblichen» Sphäre» (S. 27 f.). Die Gegenwart stellt uns damit vor die Herausforderung, die industriegesellschaftliche Normalität hinsichtlich ihrer inneren Verwerfungen und Verdrängungen neu zu denken. Produktiv ist dies vor dem Hintergrund der Schweiz als «exemplarischer Industriegesellschaft» (S. 8), weil damit eine kritische Sicht auf diese – in der gegenwärtigen Krise oft als positive Referenz aufgerufene – historische Phase entwickelt werden kann.

Der an der Universität Amsterdam lehrende Historiker Marcel van der Linden macht im Nachwort deutlich, welche doppelte Bewegung dieses Buch so interessant und lesenswert macht: Einerseits wird die Geschichte der Arbeit erweitert um jene Formen, die darin nicht aufgingen. Die *Ränder* der Arbeitsgesellschaft werden beleuchtet: die Arbeit ausserhalb des Betriebs. Andererseits wird dadurch der Blick auf die betriebliche Arbeit erneuert, weil selbst diese in ihren «ausserbetrieblichen Zusammenhängen und Wechselwirkungen» (S. 330) behandelt wird. Der Betrieb wird so zugleich auf seine regulativen und diskursiven Konstitutionsbedingungen befragt. Der gut gewählte Titel *Ausser Betrieb* fasst damit eine inhaltliche Ausrichtung und bietet zugleich eine theoretische Klammer. Damit greift der Sammelband eine Diskussion über den Begriff der Arbeit auf, die über die Ge-

schichtswissenschaft hinaus relevant ist, und erweitert diese mit reichhaltigem und gut aufgearbeitetem Archivmaterial.

Neben dem Text von Tanner und Bernet leitet ein Bildteil mit dem Titel «Werkhöfe der Spätmoderne» in das Buch ein. Die bildlich festgehaltene Tramfahrt mit der Linie 10 zeigt die zu Glas und Beton gewordene Gestalt von Zürich und seinen Vororten, sowie die darin verkehrenden Menschen. Die Fotos schaffen eine Repräsentation der postindustriellen Stadt, die in der dargestellten Tristesse beinahe polemisch anmutet. Sie fügen sich aber auch in ein insgesamt schön und überlegt gestaltetes Buch ein, das Bibliophile gerne in ihre Bibliothek stellen. Zur Verbindung von Arbeit mit der Gestalt von Stadt und Architektur – ein Faden, der bereits mit Meienbergs Reportage über die Sprengung des ArbeiterInnenhauses aufgenommen wurde – hätte man sich einen weiterführenden Beitrag gewünscht, schliesslich eröffnen sich hier Anknüpfungspunkte an eine andere, derzeit auch für soziale Bewegungen wichtige Diskussion um Stadt und Raum.

Die im Folgenden besprochene Auswahl von Beiträgen aus dem Band zeigen, wie sich die von Bernet und Tanner gesetzte Perspektive als produktiv erweist. Die Artikel sind in drei Kapitel aufgeteilt. Im ersten Teil, mit dem Stichwort «Kodifizierungen» betitelt, macht Martin Lengwiler in seinem Beitrag deutlich, wie Normalarbeitsverhältnisse durch sozialstaatliche Institutionen hervorgebracht werden. Arbeit sei «auch ‹ausser Betrieb› hergestellt» worden «mittels sozialstaatlicher, bildungspolitischer und bürgerrechtlicher Kodifizierungen» (S. 72). Lengwiler betrachtet die Sozial-

politik als Instrument, mit dem die Versicherten zunehmend «Produktivitätsnormen und Marktzwängen» ausgesetzt wurden (S. 87). Lengwilers These einer zunehmenden Verschränkung von Sozial- und Wirtschaftspolitik wirft aber die Frage auf, inwiefern die Entstehung des Wohlfahrtsstaates nicht bereits in seinen Grundzügen mit Überlegungen der Arbeitsorganisation und der Produktivitätssteigerung verknüpft ist. Carola Togni beschreibt in ihrem Beitrag die Arbeitslosenversicherung als ein sozialstaatliches Element zur «Produktion von Normalerwerbsarbeit» (S. 106) mit Vollzeitbeschäftigung, die vorrangig männlichen Lebensweisen entspricht. Im Unterschied dazu trägt sie zur Konstruktion des «atypischen» Charakters der Teilzeitarbeit bei, die indessen zur typischen weiblichen Beschäftigungsform wurde» (S. 107). Zu kurz gerät dabei leider eine Betrachtung, wie die Norm von Vollzeiterwerbsarbeit als zentraler Modus zur Herstellung von Geschlecht auch aufseiten der Männer wirkt. Ein besonders anschaulicher Beitrag ist Céline Angehrn gelungen. Sie hat aus dem Archiv des Kantonsmuseums Basel Landschaft fotografische Berufsbilder von Theodor Strübin analysiert, die in der Berufsberatung verwendet wurden und damit den Schulabgängern und Schulabgängerinnen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft die Möglichkeiten bot, sich in einem klar umrissenen Berufsfeld wiederzufinden. Damit werde eine Vorstellung vermittelt, wie eine von Ausdifferenzierung und Professionalisierung durchgezogene Arbeitsgesellschaft «zusammengesetzt sei und wie sich in ihr ein eigener Ort finden lasse» (S. 122).

Im Buchteil «Blickwechsel» werden Arbeitsformen thematisiert, die nicht in

der Normalität des Betriebes stattfanden. Iris Blum erzählt etwa die Geschichte der Firma Just, in der bereits in den 1940er-Jahren der Handlungsreisende nicht nur als Mitarbeiter, sondern als Mitunternehmer verstanden wurde. Damit stellt er also einen Unternehmer seiner selbst *avant la lettre* dar. Urs Germann liefert in seinem Artikel zur «*Travail Moralisateur*» eine Analyse der Strafarbeit in ihrer vielseitigen Verbindung zur «freien Arbeit». Der Blick auf die Strafarbeit macht deutlich, dass «im Schatten der Normalarbeit immer Formen der «unfreien Arbeit» [existieren], die massgeblich zur Stabilisierung der Ersteren und der ihr zugrundeliegenden Normen beitrugen» (S. 195). Der Artikel analysiert treffend, wie die Arbeitsgesellschaft ihre eigenen Verwerfungen herstellt, die ihr wiederum Kontur geben und disziplinierend wirken. Zwei Beiträge zu den politischen Protesten in den 1970er-Jahren zeigen, wie umstritten der Arbeitsbegriff damals war. Dabei ragt der Beitrag von Simona Isler heraus, die die schweizerische Debatte um Lohn für Hausarbeit rekonstruiert. Das ist für den Band insgesamt wichtig, weil aus dieser Debatte der industriegesellschaftliche Arbeitsbegriff eine wichtige Problematisierung und damit eine «Politisierung» erfuhr (S. 233). Die Autorin zeigt, dass in den 1970er-Jahren eine feministische Kritik die Arbeitsgesellschaft grundsätzlich infrage stellte, da diese die soziale Teilhabe ausschliesslich über Erwerbsarbeit vermittelte. Sie verortet die Debatte im Spektrum zweier Kritikpunkte: einerseits die fehlende Wertschätzung weiblicher Betätigungsfelder wie die Hausarbeit; andererseits der fehlende Zugang zur Erwerbsarbeit für Frauen. Erstere Position hält die Autorin im aktu-

ellen Chancengleichheitsdiskurs für vergessen und plädiert dafür, diese zu reanimieren.

Im letzten Teil «Grenzverschiebungen» zeigt Christian Koller in seinem Beitrag «Nicht-Arbeit als Waffe der Arbeit», wie die Arbeit sowohl im bürgerlichen wie auch im Arbeiterverständnis positiv bewertet wurde. Die geteilte Betrachtung der Arbeit als «Grundlage der Güterproduktion [sowie] des sinnvollen und moralisch einwandfreien menschlichen Lebens» (S. 254) sei schlussendlich Grundlage der Verständigung gewesen, die im Arbeitsfrieden der 1950er-Jahre resultierte. Dabei war nicht zuletzt auch die xenophobe Abwertung der angeblich faulen, streikfreudigen Ausländer ein verbündendes Moment. Im selben Buchteil zeigt der Artikel von Andreas Fasel zur «Effizienz im Hauswirtschaftsbetrieb», wie das Schweizerische Institut für Hauswirtschaft (SIH) in den 1950er-Jahren versuchte, den häuslichen Reproduktionsbereich in einer Logik der «Verdichtung» der Abläufe zu operationalisieren. Fasel analysiert den scheinbaren Widerspruch von Leistungsfähigkeit und Emotionalität der Arbeit als ergänzende Strategien zur Optimierung der Reproduktionsverhältnisse. Ob sich damit dieser Widerspruch tatsächlich auflöst, darf allerdings infrage gestellt werden.

Die Erweiterung des geschichtlichen Verständnisses von Arbeit ist dem Band eindrücklich gelungen. Das Buch zeigt, wie sich diese Aufarbeitung lohnt, da es die Geschichte lebhaft macht und um Material erweitert, das in der traditionellen Geschichtsschreibung keine Beachtung erhält. Der Betrieb war in dieser historischen Phase das zentrale Vergesellschaftungsmoment. *Ausser Betrieb*

macht deutlich, welche Kehrseiten und Regulationen sich ausserhalb betrieblicher Normalität auftun, und lässt damit diese Normalität selbst fragwürdig erscheinen.

Matthias Luterbach

Frigga Haug: **Der im Gehen erkundete Weg.** Marxismus-Feminismus. Argument Verlag, Hamburg 2014 (384 S.)

Scharfe theoretische Kritik, verknüpft mit konkreten Handlungsvorschlägen, charakterisiert die Interventionen der feministischen Marxistin Frigga Haug. In ihrem neu erschienenen Werk *Der im Gehen erkundete Weg. Marxismus-Feminismus* zieht die 1937 geborene Soziologin Bilanz über vier Jahrzehnte Forschen, Lehren, Schreiben und Kämpfen. Dabei ist feministischer Marxismus für Frigga Haug «nichts, das wir irgendwann fertig in Händen halten und in seinen Facetten bestimmen und dokumentieren können. Er ist ein ständiger Lernprozess.» (S. 10 f.)

Frigga Haug war Mitglied des 1968 gegründeten Aktionsrats zur Befreiung der Frau in Berlin, der sich später in Sozialistischer Frauenbund Westberlin umbenannte. Reumütig schildert Frigga Haug zu Beginn des Buches, mit welchem borierten «Besserwissen» sie in der Anfangsphase ihrer Theorieentwicklung den aufkommenden Feminismus ablehnte. Dabei kritisiert sie zwei ihrer in den 1970er-Jahren verfassten Dokumente über Feminismus, in denen sie die Auffassung, der Geschlechterkampf sei eine gesellschaftskonstituierende Beziehung, als unpolitisch und antisozialis-

tisch abtat. Doch nach dem Ende ihrer Anstellung am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin erhielt sie keine Arbeitslosenunterstützung – weil sie wegen ihres Kindes für den Markt nicht frei verfügbar war und einen Mann hatte, der für sie sorgen konnte. Somit erwuchs aus ihren enttäuschenden Alltagserfahrungen, der Dialektik der Sache selbst, die Notwendigkeit, Frauen und ihre Entwicklungsverhältnisse in ihre Forschungsprojekte einzubeziehen.

Mit einer Kleingruppe des Sozialistischen Frauenbunds versuchte die Autorin im Jahr 1972 anhand von persönlichen Geschichten der beteiligten Frauen zu erfassen, was sie aus dem Studieren der Kritik der politischen Ökonomie lernten. Ursprünglich sollten diese Erfahrungen anderen Frauen weitergegeben werden. Aus den Diskussionen resultierte jedoch die Erkenntnis, dass auch sie, als Marxistinnen, Kinder der gesellschaftlichen Verhältnisse waren. Diese Persönlichkeitsstrukturen standen der Veränderung im Wege. Dies war die Geburtsstunde der «Erinnerungsarbeit» und der heftig diskutierten Opfer-Täter-These. Anknüpfend an Gramscis Hegemonietheorie postulierte Frigga Haug: «Jede Unterdrückung, die nicht mit äusserem Zwang arbeitet, muss um die Zustimmung der Beteiligten ringen.» (S. 82) Die These, dass Frauen in einer gewissen Art in ihre Unterdrückung einwilligen, kostete Haug viele Freundschaften und ihre Stelle am Institut für marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt. Für sie blieb jedoch klar, dass es falsch wäre, von einer blossen Opferrolle der Frauen auszugehen, da dies keine Möglichkeit der Veränderung der Frauen zu selbständig Handelnden zulässt. Somit müssen die Tätigkeiten

und Haltungen der Unterdrückten in allen Unterdrückungszusammenhängen herausgearbeitet und so das Verwachsen von Herrschafts- und Unterwerfungsstrukturen aufgedeckt werden. Dreissig Jahre später entwickelte Haug das Konzept des Herrschaftsknotens, welches der Komplexität von Herrschaft und Unterdrückung innerhalb des patriarchal-kapitalistischen Systems einen grossen Schritt näher kam und wertvoll für die Weiterführung eines feministischen Marxismus ist.

Im ersten Drittel des Buches zeichnet die Autorin nach, wie sie sich im Spannungsfeld zwischen der Arbeiter- und der Frauenbewegung zurechtzufinden versuchte. Die Vermischung von Dokumenten, Schilderungen historischer Momente und Kommentaren aus heutiger Sicht erschwert dabei teilweise das Lesen.

Trotz des gemeinsamen Ziels der Arbeiter- und Frauenbewegung – einer Gesellschaft frei von Unterdrückung und Ausbeutung – schienen die beiden Bewegungen nicht vereinbar. Haug stellte die Frage nach dem Zusammenhang der beiden Bewegungen im Rahmen eines Vortrags an der Zweiten Berliner Volksuni im Jahr 1981 erneut. Damals kam sie zum Schluss, dass die Herrschaftselemente der Arbeiter- und Frauenunterdrückung praktisch zusammenwirken. Die historische Trennung des privaten Bereichs der Produktion des Lebens vom öffentlichen Bereich der Lebensmittelproduktion erkläre die Frauenunterdrückung im Kapitalismus. Frauen sind hauptsächlich für die Produktion des Lebens bzw. die Reproduktion zuständig und somit von der zentralen und profitablen Lebensmittelproduktion abgeschottet. Sie stehen somit ausserhalb der traditionellen Arbeiterbewegung, wes-

halb in der marxistischen Theorie keine Begrifflichkeiten existierten, um die konkreten alltäglichen Erfahrungen und Bereiche der Frauen zu fassen. Die Gründung einer Frauenredaktion 1982 in der Zeitschrift *Das Argument* sollte dieses Defizit beheben.

Frigga Haug erhoffte sich in der Folge, dass die Kombination von Kritik der politischen Ökonomie, Erinnerungsarbeit und Selbstkritik endlich zur Erkenntnis führen würde, wie sich das Gesamtsystem mithilfe von Frauenunterdrückung reproduziert. Stattdessen stellte sie fest, dass die Versorgung von Angehörigen im häuslichen Bereich der kapitalistischen Logik von Konkurrenz und Tauschdenken widerspricht. In Rosa Luxemburgs Schriften fand Haug weitere Ansätze, den Zusammenhang von Arbeits- und Frauenunterdrückung zu denken. Luxemburg hatte gezeigt, dass der Kapitalismus zu seiner Aufrechterhaltung nichtkapitalistischer Milieus bedarf, d. h. Menschen, die nicht nach der Zeit- und Lohnlogik von Erwerbsarbeit tätig sind. Haug betrachtete z. B. das Umsorgen von Kranken und Kindern als solche Milieus. «Die Unterscheidung zeitlogischer Sphären stellt die Kritik an solcher [patriarchal-kapitalistischer] Politik in einen weiteren Horizont. Sie eröffnet die Möglichkeit, Über- und Unterordnung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche (und der in ihnen tätigen Personen) und ihre kulturelle-moralische Legitimierung in ihren Wirkungsweisen zu untersuchen.» (S. 285) Über die Anteile der verschiedenen Bereiche an der gesamtwirtschaftlich geleisteten Tätigkeit schweigt Frigga Haug jedoch in ihrem Buch. Die Arbeiten von Mascha Madörin brachten zutage, dass die Bereiche der Care-Ökonomie, in denen vor allem Frauen tätig

sind, zwei Drittel des gesamten bezahlten und unbezahlten Arbeitsvolumens der personenbezogenen Dienstleistungen ausmachen (siehe Beitrag von Isler/Peter in diesem Heft). Dies verdeutlicht die Dimensionen des Bereichs der Produktion des Lebens.

Das kritische Wiederlesen von Marx' und Engels' Schriften Mitte der 1990er-Jahre liess Frigga Haug ihre Hauptthese aufstellen: «Geschlechterverhältnisse sind als Produktionsverhältnisse zu fassen.» Dabei spricht sie von Geschlechterverhältnissen «als Ebene, auf der die ihr Leben produzierenden und organisierenden Subjekte historisch spezifisch zueinander positioniert sind, [...] als wesentliches Bestimmungsmoment in der Produktion von Lebensmitteln sowie ihres Verhältnisses zur Produktion und Erhaltung von Leben, [...] als Austragungsform für Widersprüche in und zwischen den Produktionsweisen» (S. 339). Hiermit gelingt es Haug, die bisherige Auffassung von Produktionsverhältnissen und Produktionsweise zu erweitern.

Abschliessend stellt Frigga Haug ihren Lösungsansatz der Vier-in-einem-Perspektive vor, die das Gesamtverhältnis der unterschiedlichen Produktionsbereiche revolutionieren will. Insbesondere soll die für die Frauenunterdrückung so zentrale geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufgebrochen werden. Jeder Mensch soll demnach die aktive Zeit eines Tages für die vier Hauptbereiche menschlicher Tätigkeit nutzen: also zu je einem Viertel für die Produktion von Lebensmitteln, die Fürsorge und Versorgung von anderen, für die Selbstsorge und für die Gestaltung der Gesellschaft, d.h. die politische Arbeit. Dieses Projekt, das an das kommunistische Ideal von Karl Marx' arbeitendem, jagendem und

lesendem Menschen erinnert, ist keineswegs starr zu denken. Es verbindet die Veränderung der Umstände mit einer Veränderung der persönlichen Haltung in Richtung eines kritischen «Selbstzweckhandelns». So soll die Gesellschaft von der Basis her umgestaltet werden.

In Frigga Haugs knapp 400-seitigem Werk wird Forschung als Selbsttätigkeit deutlich, die immer in Verknüpfung zu konkreten Handlungen steht. Die Einschreibung der Frauenbefreiung in den Marxismus sowie des Marxismus – als Projekt der solidarisch vergesellschafteten Arbeit – in den Feminismus ist Frigga Haug eindrücklich gelungen. Das macht Mut, den ständigen Lernprozess eines Marxismus-Feminismus weiterzuführen.

Ladina Marthaler

Tagungsbericht: **Gegen das Vergessen: Lohn für Hausarbeit.** Zur Conférence Louise Toupin

Unter dem Titel «Elles réclamaient un salaire pour le travail ménager» stellte Louise Toupin am 28. April 2015 ihr Buch *Le salaire au travail ménager. Chronique d'une lutte féministe internationale (1972–1977)* vor. Dem Anlass folgte am 30. April 2015 die «Conférence Louise Toupin» am Institut des Etudes genre der Universität Genf, in Anwesenheit von Maria Rosa Dalla Costa, Feministin und Dozentin an der Universität Padua.

Louise Toupin hat, wie sie selber sagt, ein wichtiges Buch gegen das Vergessen geschrieben. Und die Politikwissenschaftlerin und Aktivistin aus Montréal (Kanada) hat recht: Kaum ein Über-

sichtswerk über die Frauenbewegung der 1970er-Jahre informiert über die weltweit von Feministinnen formulierte Forderung nach einem Lohn für Hausarbeit. Dass diese Forderung im feministischen Denken erhalten bleibt, ist der Autorin und den in Genf anwesenden Aktivistinnen von dazumal sowie Zuhörerinnen auch deshalb wichtig, weil ein solcher Appell uns noch immer etwas zu sagen hat.

Im Jahr 1994 reiste Toupin als Doktorandin quer durch Europa und Amerika und sammelte Material, um die Lohn-für-Hausarbeit-Bewegung zu dokumentieren. Erst zwanzig Jahre später fand sie Zeit, die zahlreichen Interviews und Texte auszuwerten. Das Buch porträtiert die verschiedenen Aktivistinnengruppen, die sich in den 1970er-Jahren der Forderung nach Lohn für Hausarbeit verpflichtet hatten, wie zum Beispiel die «Insoumises» aus Genf. Toupin hat es verstanden, mit ihrer Chronik der internationalen Bewegung für einen Lohn für Hausarbeit die Vielschichtigkeit dieser feministischen Perspektive zu erfassen. So beschreibt sie den Entstehungskontext, porträtiert die verschiedenen Gruppen und geht auf kontroverse Debatten rund um die Forderung ein. Darüber hinaus hat sie aber auch die theoretischen Grundlagen, die diese feministische Bewegung anleiteten, verarbeitet und bespricht die wichtigsten Texte, die damals in der Schweiz, Deutschland, England, Italien, Kanada und den USA gelesen, übersetzt und debattiert wurden. Wichtige Autorinnen waren Maria Rosa Dalla Costa, Selma James, Silvia Federici, Gisela Bock und Barbara Duden. Es war vor allem die Italienerin Dalla Costa, die mit dem Text *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft* eine marxis-

tisch inspirierte Analyse lieferte, die den Grundstein legen sollte für die weltweite Lohn-für-Hausarbeit-Bewegung.

Die italienische Theoretikerin erarbeitete in ihrem 1973 auf Deutsch erschienenen Text eine neue Perspektive auf die gesellschaftliche Position der Frau. Entgegen der traditionellen linken Position ortete Dalla Costa die Hausarbeit nicht ausserhalb der kapitalistischen Produktionsweise, sondern erklärte sie zum zentralen Faktor des Wirtschaftens. Denn Hausfrauen produzierten und reproduzierten die für die kapitalistische Güterproduktion entscheidende Ware Arbeitskraft. Für den politischen Kampf der Frauenbewegung schlug Dalla Costa eine konkrete Strategie vor: Frauen sollten sich auf der ganzen Welt gegen ihre unbezahlte Arbeit wehren. Erst die ökonomische Unabhängigkeit, gekoppelt an die Befreiung vom Arbeitszwang, und als Folge das Verfügen über mehr Zeit ermögliche es den Frauen, selbstbestimmt zu leben und an den sozialen Kämpfen und Revolten teilzunehmen. Aus diesem Grund riefen Dalla Costa und mit ihr die Lohn-für-Hausarbeit-Bewegung Mitte der 1970er-Jahre weltweit zum Frauenstreik auf. Frauen hätten bereits genug gearbeitet und sollten Hausarbeit *und* Erwerbsarbeit verweigern. Der Mythos der Befreiung durch die Arbeit sei abzulehnen, denn «[d]ie Sklaverei des Fliessbandes ist keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens» (Dalla Costa / James 1973, 41).

Diese Analyse – welche die Emanzipation der Frauen nicht in vermehrter Erwerbstätigkeit ortete – fiel in den 1970er-Jahren in zahlreichen Ländern auf fruchtbaren Boden. Die feministischen Lohn-für-Hausarbeit-Gruppen,

die sich in der Folge auch in der Schweiz bildeten, setzten sich zum Ziel, einerseits die analytische Perspektive Dalla Costas zu propagieren, indem sie Texte übersetzten und vertrieben, Kongresse und Veranstaltungen organisierten. Gleichzeitig ging es ihnen auch darum, den konkreten Kampf für mehr Zeit und Geld im Alltag umzusetzen. Louise Toupin erinnerte sich in Genf daran, wie die «Insoumises» der Forderung nach einem Lohn für Hausarbeit mit viel Fantasie und Humor Ausdruck verliehen. So statete die Gruppe dem Sozialamt der Stadt Genf kollektiv einen Besuch ab, um das den Frauen für ihre Hausarbeit zustehende Geld einzufordern, oder sie verweigerte die Bezahlung von Rechnungen für Miete, Gas, Elektrizität, Telefon, Radio und Fernsehen mit dem Argument, dass es sich hierbei um Arbeitsutensilien für die «Produktion im Haus» handle.

Und wie steht es heute um die Forderung Lohn für Hausarbeit und um die Hausarbeit an sich? Dieser wichtigen Anschlussfrage an das Referat von Toupin war die Diskussion an der Konferenz gewidmet. Die schwierige Situation von Care-Migrantinnen wurde zu Recht beklagt und die Frage, warum gerade die Arbeit in den Haushalten einen derart prekären Status innehat, bewegte die Gemüter. Es war Dalla Costa, die klärend in die Diskussion eingriff und zeigte, worin die Aktualität der Forderung immer noch besteht. Die Gründe für die schlechten Arbeitsbedingungen in den privaten Haushalten seien kein schwierig zu lösendes Rätsel. Durchschnittlich verfügten Familien schlicht nicht über einen dritten Lohn, der einer Hausarbeiterin beispielsweise für die Pflege eines betagten oder kranken Familienmitglieds zustehen würde (laut Bundesamt

für Statistik betrug 2012 das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Privathaushalte der Schweiz 7112 Franken pro Monat). Deswegen führe die Empörung über die unfairen ArbeitgeberInnen nicht weit. Der Blick müsse stattdessen auf die Organisation der Hausarbeit als Ganzes gerichtet sein. In diesem umfassenden Sinne sind auch bezahlte Care-Dienstleistungen in Institutionen zur Hausarbeit zu zählen, die wie in den privaten Haushalten meistens von Frauen geleistet werden, die unter einem ähnlichen Kosten- und Zeitdruck leiden. Erst dann werde sichtbar, warum Frauen die Pflege ihrer kranken und betagten Familienangehörigen durch schlecht bezahlte und abgesicherte Migrantinnen erledigen lassen. Es fehle ihnen nämlich meistens schlicht das Geld für einen gerechten Lohn und als Alternative auch die Zeit, um diese Arbeit selber zu verrichten. Die einzige Antwort auf diesen Missstand müsse die Forderung an den Staat sein, diese Arbeit zu bezahlen. Eine solche staatliche Vergütung (oder Entlohnung!) von Care-Arbeit in den Privathaushalten würde es erst ermöglichen, entweder jemanden zu würdigen Bedingungen zu beschäftigen oder aber die Arbeit ohne Einbussen selbst zu erledigen.

Das analytische und politische Potenzial der Forderung nach Lohn besteht also heute wie damals darin, Hausarbeit (oder Care-Arbeit) als Ganzes zu denken und eine Lösung auf gesellschaftlicher, d. h. kollektiver Ebene anzustreben. Aus dieser Perspektive reicht es nicht – oder ist es sogar irreführend –, die Arbeitgeberinnen moralisch zu verurteilen, weil sie ihre Hausangestellten schlecht entlohnen. Aus der Lohn-für-Hausarbeit-Perspektive müssen aus der prekären Si-

tuation von hausarbeitenden Migrantinnen weiterführende Schlüsse gezogen werden. Etwa könnte reklamiert werden, dass es für Care-Arbeit in den Haushalten (und auch ausserhalb!) an allen Ecken und Enden an Geld fehlt. Auf die Forderung nach sicheren und würdigen Arbeitsbedingungen für bezahlte Care-Arbeiterinnen in Haushalten müsste dann unbedingt die Frage folgen, wer denn die guten Löhne bezahlen soll. Geld vom Staat für Hausarbeit würde nicht nur bisher unterbezahlten Migrantinnen, sondern auch den vielen Müttern, Grossmüttern, Töchtern und Schwestern sowie einigen Männern, die bisher unbezahlt in den Haushalten arbeiteten, neue Möglichkeiten eröffnen. Erst durch die kollektive Finanzierung würde die Abwärtsspirale durchbrochen, dass sich schlecht bezahlte Frauen durch noch schlechter bezahlte Frauen

entlasten lassen (müssen). Das ist es, was Lohn für Hausarbeit als Formel noch heute zu bieten hat: Sie ermöglicht einen Blick auf ein ungelöstes strukturelles Problem, welches die meisten Frauen auf die eine oder andere Weise betrifft, und sie macht die politische Solidarität und den gemeinsamen Kampf für die gemeinschaftliche, d.h. staatliche Bezahlung der unabdingbaren Haus- und Care-Arbeit denkbar. Darum darf diese Diskussion nicht vergessen gehen.

Simona Isler

Literatur

- Dalla Costa, Maria Rosa / James, Selma, 1973: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Übersetzt von Gisela Bock. Berlin
- Toupin, Louise, 2014: Le salaire au travail ménager. Chronique d'une lutte féministe internationale (1972–1977). Montréal

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

312 Literatur und geschichtliche Erfahrung

E.JELINEK: Und vergib uns unsere Schuld
J.GOYTISOLO: Kurz und bündig. Cervantes-Preisrede
P.JEHLE: Don Quijotes interpretatorische Praxis
E.HACKL: Dinge, die sich nicht erfinden lassen
F.VOIGT: Walter Benjamins Studium der *Neuen Zeit*
R.COHEN: Die *Briefe an Bertolt Brecht im Exil (1933-1949)*

J.HERMAND: Heiner Müllers »aufgehobene« Utopie

S.KRÜGER: Pikettys Beitrag zur Politischen Ökonomie
L.GÓMEZ GARCÍA: Der Djihadismus und der Westen

W.-D.NARR: Erinnerungen an Ute und Christian Sigrist

R.GROSSE: Eduardo Galeano (1940-2015)

Redaktionsbüro: argument@inkrit.org Einzelheft 13€ (im Abo 10€, zzgl. Versand) Versand: versand-argument@t-online.de